

Merseburger Tageblatt

Bestandteil des Reichsboten, 1. Jahrgang, 1. Heft, 1. 1900, monatlich 50 Pf., durch die Post bezogen 60 Pf., und 14 Pf. monatlich, Westfalen; bei Abholung u. b. 4 Pf. 10. 1. 1900, 48 Pf. Einmalnummer 10 Pf. — Die in diesem Blatt enthaltenen Nachrichten sind für unentgeltlich zu verwenden. — Für unentgeltlich zu verwenden. — Für unentgeltlich zu verwenden. — Für unentgeltlich zu verwenden.

Kreisblatt

Bestandteil des Reichsboten, 1. Jahrgang, 1. Heft, 1. 1900, monatlich 50 Pf., durch die Post bezogen 60 Pf., und 14 Pf. monatlich, Westfalen; bei Abholung u. b. 4 Pf. 10. 1. 1900, 48 Pf. Einmalnummer 10 Pf. — Die in diesem Blatt enthaltenen Nachrichten sind für unentgeltlich zu verwenden. — Für unentgeltlich zu verwenden. — Für unentgeltlich zu verwenden. — Für unentgeltlich zu verwenden.

Zeitung für Stadt u.

mit „Muffriertem



Kreis Merseburg

Sonntagsblatt

Umtliches Anzeigblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Rachend amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet.

Nr. 90.

Donnerstag, den 19. April 1917.

157. Jahrgang.

Umtliche Anzeigen

Seite 4 betr.:

1. Angebot von Pfägen und Gagen.

Tageschronik

Das Ergebnis der 6. Kriegsanleihe beträgt 12770 Millionen Mark.

Der Kampf um den Frieden in Russland. Waffenverhandlungen Deutsch in Amerika. Brotpolonoisien in London.

Die Schwierigkeiten der australischen Rekrutenwerbungen.

Australien hat für England an die Westfront fünf Divisionen gestellt, die mit monatlich 16000 Mann aufgestellt werden müssen, wenn sie überhaupt kampfkraftig erhalten bleiben sollen. Schon seit längerer Zeit versagte in Australien die freiwillige Werbung. Auf Verreiben Englands versuchte der australische Ministerpräsident Hughes, die für den Dienst auf dem australischen Festlande bereits bestehende allgemeine Dienstpflicht auch auf den Uebersee dienst auszuweiten. Durch eine allgemeine Volksabstimmung, bei der besonders die an der Front stehenden Soldaten den Ausschlag gaben, wurde diese Absicht vereitelt. Trotzdem versprach Hughes, die freiwillige Rekrutierung auf alle mögliche Weise zu unterstützen. Aber auch dieses Versprechen kann er nicht halten, da sich eine politische Arbeiterliga gebildet hat, die behauptet, dem neu eingeleiteten staatlichen Ausschuss für freiwillige Rekrutierung ihre Mitarbeit zu verweigern. Hierzu hat sich die Liga veranlaßt gesehen, weil mit Beginn des neuen Werbefeldzuges die Bundes- wie die Staatsregierungen und die Arbeitgebervereinigungen Betriebe geschlossen haben, so daß Tausende von Leuten arbeitslos geworden sind. In einer Erklärung setzt die Liga auseinander, daß sie zwar grundsätzlich gegen freiwillige Eintragungen von Rekruten nichts einzuwenden habe, so lange dieses Verfahren sich in strengem Einklang mit der Weisung vollzieht. Sie habe aber den Eindruck, daß von den australischen Regierungen eine Bewegung entzündet worden sei, die Leute in eine solche Lage zu bringen, daß ihnen nur die Wahl bleibe, zu verweigern oder sich anwerben zu lassen. Unter dem Vorwande, man müsse aus Sparmaßregeln die Betriebe schließen, dränge man die Leute zum Heeresdienst. Aber es lägen alle Anzeichen vor, daß für die Fortsetzung der Betriebe ausreichend Geld zur Verfügung stehe. Nach ihrer Ansicht würde wirtschaftliche Freiwilligkeit der Werbung in Folge des bewährten Patriotismus des australischen Volkes die erforderlichen Truppenverstärkungen liefern. Aber Zwang zum Heeresdienst würde die Reihen der Arbeiter in Australien nicht lichten, als sich mit der wirtschaftlichen und nationalen Sicherheit des Landes verträglich. Natürlich erregt diese Erklärung die Gegenpartei aufs höchste und es werden alle möglichen Anstrengungen gemacht, ihre Wirkung auf das friedensliebende, dem Willkürdienst abgeneigte Volk abzumildern. Bezeichnendweise wird den jungen Leuten vorgehalten, daß sie mit 3 Tausend täglicher Ration viel höher bezahlt werden, als alle anderen Soldaten an der Front. Die ganzen Truppen der Verbandsmächte beneideten die Australier deswegen und seien der Ueberzeugung, daß sie aus einem wunderbar reichen Lande kommen müßten. Aber es hilft kein Geld und kein Ansehen. In einer Woche hatten sich in ganz Neu-Südwales nur 424 Rekruten gemeldet, von denen aber nur 200 den ärztlichen Anforderungen entsprachen. Ein Abgeordneter, der von einer Reise an die Front zurückgekehrt ist, schildert bezeichnend seine Eindrücke; die sich dringend notwendig, für die australischen Verbände Erfolg zu senden, da zahlreiche ihrer Angehörigen nicht mehr in der Lage seien, in der Frontlinie auszuhalten; eine Ablösung sei unerlässlich. Wenn demgegenüber im ganzen Staate Victoria sich an einem Tage nur 21 Freiwillige meldeten, so müsse unbedingt etwas Energetisches geschehen, damit die Verluste auszugleichen werden könnten.

Auch Offiziere von der Front mahnen zu größerem Kriegseifer. Es ist das erstmalig gewesen, daß ich australische Truppen sah, ohne daß das Gesicht auch nur eines Einzigen ein Lächeln zeigte. Einer nach dem anderen marschierte vorbei, jeder sah verdrücklich und sehr müde aus. Die Truppen brachten vor allen Dingen Ruhe, und man muß durch Entsendung von Nachschub den seit langem im Felde stehenden Australier Erholungsbedingungen geben. Eine von den australischen Divisionen habe sich noch niemals eine Erholung gönnen können. Es sei eine Schande für Australien, daß keine Verstärkungen geschickt werden können. Aber man predige damit nur tauben Ohren. Verstärkungen ist nach seiner Meinung erschröpft. Es ist dort nicht nur Erlos für westaustralische, sondern auch für südaustralische Regimenter ausgehoben worden. Die Regierung würde alles tun, um weitere Leute auszuheben, aber nach den Erfahrungen mit der Volksabstimmung in den britischen australischen Staaten ist zu befürchten, daß nur ein dürftiges Ergebnis zu erzielen sei. Da es nicht verwunderlich, wenn ein Engländer an der Front den Australier anruft, sie hätten sich durch Abschaffung der Wehrpflicht nicht wie Briten, nicht wie Männer benommen. Wenn einige Jungweiber Australien besuchten und Wunden abseheren würden, würde das wohl gute Folgen haben.

Danach muß man annehmen, daß der Besuch eines Zeppelins das Schlimmste ist, was ein Engländer dem anderen wünschen kann.

Die russische Revolution.

Es steht zweifellos fest, daß die russische Revolution ein Werk der englischen Volkstiftung ist. Mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit wurde der zuvor verheimlichte Charakter festgestellt, da er genugsam, seinem unter Vermittlung und Entschuldigenden Willen der Friede zu bringen. Es sollte nur ein Tausendwechsel stattfinden. Ein neuer Jar sollte die innere Unruhe durch liberale Reformen beseitigen und zugleich die Möglichkeit schaffen, den Krieg energisch fortzusetzen. So übernahmen denn Mitglieder der liberalen Duma-Parteien die Regentenschaft und England sah mit Wohlgefallen einen Mann wie Miljukow als Minister des Äußeren. Noch steht er auf dieser Stelle, aber von seinem Programm hat er einen wesentlichen Teil aufgeben müssen. Die Liberalen in Russland sind nicht die Macht, für die sie England anseh. Sie sind gering an Zahl gegenüber den Arbeiter- und Soldatenverbänden, besonders den Bauern. Das Ziel der ersteren ist die soziale Republik, das der letzteren die Erringung der Unabhängigkeit. Und in Petersburg ging die Führung bald an die Arbeiter über, mit denen sich die Soldaten vereinigten. Der Rat der Arbeiter und Soldaten bemächtigte sich des Sitzungslokales der Duma und machte sie ebenso einflußlos wie abstoßend. Seine Forderungen waren Republik und Frieden. Miljukow und die englandfreundliche Partei war gleich bereit, die Verfassungsform preiszugeben. Kein neuer Jar, sondern die russische Republik! Dagegen wichen sie den Friedensforderungen aus. Nun aber gewann die Sozialdemokratie unter ihrem kaffrischen Führer, dem Geordner Tischelbe, langsam die Initiative und den Einfluss. Tischelbe setzte durch, daß ihnen denksfreier Postverkehr mit dem Ausland gestattet werden und verlangte, die Anführer der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Oesterreich-Ungarns kennen zu lernen. Mittlerweile hatten sowohl Bethmann wie Germin erklärt, daß niemand an eine Einmischung in russische Angelegenisse dachte und die Aufrichtigkeit dieser Erklärung wurde von sozialdemokratischer Seite ausdrücklich bestätigt. Daraußhin schied man sich zu Verhandlungen in Stockholm einzufließen zu haben, an denen Vertreter der Sozialdemokratie von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Russland und auch Italien teilnehmten. Diese Werbung der russischen Dinge war England ein Greuel und nun erschienen Abgeordnete der Sozialdemokratie Englands und Frankreichs in Petersburg. Wie das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember als „plumpe Falz“ abgelehnt war, so sollte auch der erste Friedenswunsch der verbündeten Mächte nur der Augst für der Revolution ent-

springen, und so sei es vielmehr die Pflicht der russischen Sozialdemokratie, die günstige Gelegenheit zu benutzen, um auch den letzten Rest der Monarchie aus Europa zu vertreiben. Und der Rest der Arbeiter und Soldaten soll sich einschließen haben, feindlichen Ankerkonventionen durch Fortführung des Krieges entgegenzutreten. Das ist tatsächlich kein laßlich bedenkliches Zugeständnis für die Entente. Denn man hat sich ausdrücklich nur für einen Verteidigungskrieg entschieden und verwirft jede Angriffsfaktion. Daß die Disziplin im russischen Heere und damit dieses selbst sich auflösen beginnt, können England und Frankreich gleichfalls nicht hindern, und es muß sich bald herausstellen, ob die russische Sozialdemokratie zugleich mit der Bauernschaft nicht zu dem Erkenntnis kommen wird, daß der Krieg so oder so ein Ende nehmen muß, weil sonst die allenthalben wachsenden Mißstände überhaupt nie überwinden werden können, und die Gefahr der inneren Auflösung nur noch höher steigt. Damit würde aber der Reaktion und einem neuen autoritären Regime der Weg bereitet werden. Wir sind in der angenehmen Lage des Festhaltens, daß auf alle Fälle keinen Vorteil findet, wenn es kaltes Blut und rücksichtslose Entschlossenheit sich zu wahren und alle illusionistischen Sentimentalitäten sich frei zu halten wolle.

Der Kampf um den Frieden.

Stockholm, 17. April. Gleichzeitig mit dem Communiqué der von der provisorischen Regierung beschlossenen Pet. Del. Ag. über die Resolution des Kongresses des Arbeiter- und Soldatenverbandes veröffentlichte letzterer seinerseits ein Communiqué, das die gesagten Resolutionen knapp zusammenfaßt und gewissermaßen auch kommentiert. Die Veröffentlichung lautet in wörtlicher Uebersetzung:

„Die am 11. April veröffentlichte Konferenz der Repräsentanten des Arbeiter- und Soldatenverbandes war von Vertretern von 28 südlichen und revolutionären Sozialorganisationen an der Front besetzt und beschloß die Vorbereitung eines allrussischen Kongresses zum Zweck der Konstituierung einer Zentralleitung für revolutionäre Bewegung. Der Vorsitzende der Konferenz Tischelbe betonte in seiner Begrüßung, daß nur die revolutionäre Demokratie die Frage über Krieg und Frieden zu entscheiden habe. Die Verwirklichung von Annehmungen sei nur der erste Schritt. Der zweite müßte sein die Revision aller Verträge, die von den kriegführenden Koalitionen geschlossen worden sind. Die russische Demokratie soll alle Bestrebungen für die genannte Friedenspolitik in allen Teilen der Welt unterstützen.“

Es ist recht bezeichnend für den andauernden Kampf zwischen den beiden russischen Regierungen, bemerkt die „Post. Bl.“ mit Recht, daß die amtliche Pet. Del. Ag. die Weitergabe dieses Communiqués an das Ausland verweigert hat, so daß das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenverbandes es durch sein eigenes Pressebüro im Auslande bekannt geben mußte.

Der Petersburger Kongreß der Kadettenpartei sprach sich für eine Reform ihres Programms im republikanischen Sinne aus. Maßlos richtete die heftigsten Anklagen gegen den Arbeiterrat, der die Fortsetzung des Krieges verhindere. Die größte Gefahr beruhe auf der inneren Zerrüttung. Bald würden die Arbeiter feiern müssen, weil das Rohmaterial fehlte. Wenn der allgemeine Staatsbankrott untergehe, seien auch die Erzeugnisse der Revolution gefährdet. Die Frage des Krieges sei zurükaufstellen. Zuerst müßten die Waffenfabriken mit Metallen versorgt werden und die Textilfabriken mit Baumwolle. Von allem müßten die Eisenbahnen in Betrieb gesetzt werden. Diese unendliche Arbeit sei nur mit Unterstützung des Arbeiterrats möglich, welcher jetzt die Geltung der Schäden verhindert. Der Arbeiterrat möge Kommissionen für die Ordnung des Wirtschaftens bilden.

Die Stockholmer Vertreter der russischen radikalen Sozialisten veröffentlichten in dem sozialistischen Blatt „Politiken“ Einzelheiten über englische Forderungen gegen die Friedensneigung der Arbeiter. Die Sozialisten besitzen amtliche Depeschen, in denen

